

## Rundbrief 11 – 2026 - 15.05.2026

### *Aus aktuellem Anlass*

### **15 Mai 2026: Für Palästinensische Rechte! Für die Durchsetzung des Völkerrechts! Die Nakba ist nicht nur eine Frage der Erinnerung**

#### **Erklärung des ECCP (European Coordination of Committees and Associations for Palestine) zum Tag der Nakba**

Liebe Leserin, lieber Leser,  
liebe Freundinnen und Freunde des Friedens,

#### **Völkerrechts! Die Nakba ist nicht nur eine Frage der Erinnerung.**

Am 15. Mai gedenken wir dem 78. Jahrestag der Nakba: jenem brutalen, vorsätzlichen und organisierten Verbrechen, bei dem die Milizen der zionistischen Bewegung und später die Armee des neuen Staates Israel 800.000 Palästinenser:innen – mehr als die Hälfte der gesamten palästinensischen Bevölkerung – aus ihren Städten, Dörfern und von ihrem Land vertrieben haben.

Die Nakba ist ein seit mehr als 78 Jahren fortdauerndes Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das zu einer anhaltenden Vertreibung des palästinensischen Volkes geführt hat.

Dies ist nicht nur eine Frage der Erinnerung, denn der Prozess des Landraubes und der Enteignung der Ressourcen sowie die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Palästinenser:innen gehen in unverhohlener Weise weiter:

- In Gaza wurde die gesamte Infrastruktur zerstört. Unter Verletzung des Waffenstillstands dauern die tödlichen Bombardements an. Der Bevölkerung fehlt es an allem; sie lebt unter unmenschlichen Bedingungen. Die von Israel gezogene „gelbe Linie“ verkleinert Tag für Tag das Gebiet, in dem über 2 Millionen

Palästinenser:innen – von denen 75 % Geflüchtete sind – zusammengepfercht leben.

- Im Westjordanland schreitet die Expansion der israelischen Siedlungen, die Enteignung palästinensischen Landes sowie der Raub palästinensischer Ressourcen in beispiellosem Ausmaß voran. Palästinensische Bewohner:innen werden in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt und sind täglichen Angriffen durch Siedler:innen ausgesetzt, die von der israelischen Armee unterstützt werden, was zur Vertreibung einer wachsenden Zahl lokaler palästinensischer Communities führt. Besonders im Visier stehen Flüchtlingslager, vor allem in Jenin und Tulkarm, aus denen die Bevölkerung vor über einem Jahr vertrieben wurde.
- In Ostjerusalem werden palästinensische Bewohner:innen vertrieben und ihre Häuser zerstört; in vielen Stadtvierteln wie Silwan und Sheikh Jarrah wird die ethnische Säuberung immer schneller vorangetrieben.
- In Israel sind Palästinenser:innen diskriminierenden Gesetzen ausgesetzt und sehen sich täglich Bedrohungen ihrer Sicherheit und ihrer Arbeitsplätze ausgesetzt. Viele wurden bereits 1948 gewaltsam vertrieben. Dieser Prozess setzt sich heute in der Negev fort.
- In den Flüchtlingslagern im Libanon, in Syrien und in Jordanien kämpfen palästinensische Geflüchtete mit immer schwierigeren Lebensbedingungen.

Die Nakba ist ein bis heute andauernder Prozess der Enteignung und Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung. Nachdem sie lange Zeit von den israelischen Behörden vertuscht wurde – den Palästinenser:innen in Israel wurde sogar der Gebrauch des Wortes verboten – wird die Nakba heute von vielen israelischen Politiker:innen offen propagiert, wobei sie ihre Entschlossenheit bekräftigen, diesen Prozess fortzusetzen und „zu Ende zu führen“.

Diese Entschlossenheit gilt inzwischen auch für die Nachbarländer: In Syrien hat Israel das unter seiner Kontrolle stehende Gebiet über die illegal annektierten Golanhöhen hinaus ausgeweitet. Im Libanon hat die am 1. März gestartete israelische Offensive mehr als 2.500 Menschen das Leben gekostet; über eine Million Einwohner:innen sind auf der Flucht. Israel entvölkert den Südlibanon und zerstört systematisch die dortigen Dörfer. Gemeinsam mit den Vereinigten Staaten hat Israel einen illegalen Krieg gegen den Iran begonnen, dessen Folgen für die Weltwirtschaft und die globale Sicherheit unvorhersehbar sind.

**Die Nakba existiert nicht nur in der Erinnerung**, denn die 800.000 Menschen, die 1948 vertrieben wurden, sowie die 300.000, die 1967 hinzukamen, sind zusammen mit ihren Nachkommen auf 5 Millionen Geflüchtete und Vertriebenen

angewachsen. Sie alle haben ein unveräußerliches Recht auf Rückkehr in das Land, aus dem ihre Familien und Vorfahren vertrieben wurden.

Die Umsetzung dieses Rechts auf Rückkehr, das 1948 durch die UN-Resolution 194 beschlossen wurde, war eine der Vorbedingungen für die Aufnahme Israels in die Vereinten Nationen. Diese Resolution wurde jedoch von Israel nie umgesetzt.

Die UNRWA, die UN-Organisation, die sich speziell für palästinensische Geflüchtete eingerichtet wurde, leistet unverzichtbare Dienste – Bildung, Gesundheitsversorgung und Ernährungssicherung –, die eigentlich von Israel als Besatzungsmacht erbracht werden müssten. Diese UN-Organisation, die bemerkenswerte Arbeit geleistet hat und weiterhin leistet, ist zu dem Hauptangriffsziel Israels geworden:

Verleumdungskampagnen, um Geberländer unter Druck zu setzen, ihre Finanzmittel zu kürzen; ein Verbot innerhalb Israels und auch in Ostjerusalem, das vom israelischen Parlament mit überwältigender Mehrheit verabschiedet wurde; sowie die Zerstörung des UNRWA-Hauptquartiers in Ostjerusalem. Es handelt sich hier wohlgerne um eine offiziellen UN-Organisation, die von einem Mitgliedstaat der UN offen angegriffen wird.

Der 15. Mai 2026 bietet eine erneute Gelegenheit, uns selbst zu fragen: In welcher Art von Welt wollen wir leben? Ist es eine Welt, in der das Gesetz des Dschungels herrscht? In der ein ganzes Volk enteignet, verfolgt und vertrieben werden kann und in der UN-Resolutionen missachtet und ihre offiziellen Organe verfolgt werden? Oder ist es eine Welt, in der das Völkerrecht endlich geachtet und umgesetzt wird?

Wählen wir den Weg des Völkerrechts, muss Israel unverzüglich die Besetzung palästinensischer Gebiete, die Siedlungsaktivitäten und die Politik der Apartheid beenden. Es muss seine Angriffe auf die UNRWA einstellen und es muss den palästinensischen Flüchtlingen endlich die Ausübung ihres Rückkehrrechts gestatten. Die Europäische Union muss gemeinsam mit ihren Mitgliedstaaten ihre Entschlossenheit zur Wahrung des Völkerrechts unter Beweis stellen, indem sie das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und Israel unverzüglich aussetzt, Sanktionen einschließlich eines umfassenden Waffenembargos verhängt und die israelischen Führungskräfte festnimmt, gegen die Haftbefehle des IStGH vorliegen.

Wir rufen die Öffentlichkeit in Europa und dem Rest der Welt dazu auf, am 15. und 16. Mai massiv zu mobilisieren, um diesen Forderungen Ausdruck zu verleihen.

*Das ECCP ist ein Netzwerk aus 46 europäischen Organisationen, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und Solidaritätsgruppen aus 19 europäischen Ländern, dass sich dem Kampf des palästinensischen Volkes für Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit verschrieben.*

*Die DPG e.V. ist Mitglied des ECCP und schließt sich diesem europaweiten Aufruf an.*

*Übersetzung des Aufrufs: Ivesa Lübben*

**Unser Einsatz für die hungernden Kinder geht weiter. Ihre Spenden leiten wir direkt an die für Gaza tätigen Hilfsorganisationen.**

**Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.  
Kontoverbindung  
IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10  
BIC: GENODED1SPK**

**Spende Zweck: Humanitäre und medizinische Hilfe in Gaza – Palästina**

**Deutsch-palästinensische Gesellschaft e. V.**



**Besuchen Sie uns und informieren Sie sich -  
willkommen auf unserer Homepage!**

**<https://dpg-netz.de/>**



**Instagram**

